Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 178 (2012)

Heft: 1-2

Vereinsnachrichten: SOG und eidgenössische Wahlen 2011

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

SOG und eidgenössische Wahlen 2011

Die eidgenössischen Wahlen 2011 sind Geschichte, das neue Parlament hat bereits die erste Session hinter sich. Trotzdem hält die SOG noch einmal kurz Rückschau auf die Phase des Wahlkampfes und zieht Schlüsse für die Zukunft.

Wie angekündigt, haben die Präsidenten der kantonalen und der Fachoffiziersgesellschaften an ihrer Konferenz vom 26. November 2011 Manöverkritik gehalten. Wesentlich war dabei der Austausch unter den Präsidenten, hier bestand fast noch mehr gegenseitiger Erklärungsbedarf als gegenüber der SOG.

Mehrheitlich herrschte Einigkeit darüber, dass die Offiziersgesellschaften sich in geeigneter Form im Wahlkampf zu Wort melden sollten. Das latente Malaise über die schwindende Zahl von Offizieren im Parlament und den damit einhergehenden Mangel an armeepolitischem Sachverstand bewogen die SOG und ihre Sektionen schon früh im Wahljahr 2011, Überlegungen zur Einflussnahme anzustellen. Lobbying sollte für die Armee genauso stattfinden wie für andere Politikbereiche, die alle auf ihre Interessenvertreter bauen können.

Kantone als Wahlkreise

Dabei war allen bewusst, dass sich die Ausgangslagen in den verschiedenen Kantonen sehr unterschiedlich präsentierten. Ebenso unterschiedlich packten die OG-Vorstände ihre Aufgabe an. Wo sich kaum ein Wahlkampf abzeichnete, wurde auf Aktionen verzichtet, und ebenfalls dort, wo die Vorstände die politische Abstinenz ihrer OG hoch halten wollten. Beides ist zu respektieren.

Andernorts legten sich die Vorstände aber ins Zeug. Massgebend waren vielfach die Kontakte, welche die OG ohnehin mit ihren Parlamentariern pflegen. Je enger die Beziehungen sind, desto mehr bestand das Bedürfnis bei den Vorständen der OG, ausgewählte Kandidaten öffentlich zu empfehlen.

Armeepolitische Grundforderungen

Ausgangspunkt der Aktion war vielerorts eine Umfrage bei den Kandidierenden. Ein von der SOG entworfener Fragebogen diente als Grundlage, ergänzt mit kantonsspezifischen Aspekten. Er gelangte über verschiedene Kanäle an die Zielgruppen, wobei sich die eingespannten Parteisekretariate nicht immer als zuverlässig entpuppten. Während für die einen KOG alles auf die sicherheitspolitischen Überzeugungen der Kandidaten ankam, der militärische Grad, die politische Herkunft und eine allfällige Mitgliedschaft in der Offiziersgesellschaft nicht massgebend waren, engten andere den Kreis mehr ein und beschränkten sich zum Beispiel auf die eigenen Mitglieder, die kandidierten. So differierte auch die Anzahl der Empfehlungen. Eine KOG etwa empfahl, ungeachtet der Anzahl Sitze, welche dem Kanton im Nationalrat zustehen, alle Frauen und Männer, die ihre militärpolitischen Vorstellungen teilen. Andere KOG bezogen auch die Wahlchancen in ihre Überlegungen ein und reduzierten damit die Anzahl der Empfohlenen bewusst.

Ob die KOG schliesslich die Antworten und die dazu verlangten Begründungen schriftlich auswerteten oder die Kandidatinnen und Kandidaten sogar in eingehenden Hearings testeten, spielt für die Ernsthaftigkeit, mit der die KOG ans Werk gingen, keine Rolle. Entscheidend ist, Sicherheitspolitik wurde durch diese Aktion vielfach überhaupt erst zum Thema; sonst stand sie nämlich nicht im Mittelpunkt von Podiums- und andern Wahlveranstaltungen.

Als grundsätzlicher Gradmesser für die Unterstützungswürdigkeit der Kandidaten galt deren Zustimmung zu den drei Armeeaufträgen, zu einem Armeebestand von mindestens 100 000 Angehörigen, zu einem Ausgabenplafond von jährlich fünf Milliarden Franken und zur Beschaffung eines neuen Kampfflugzeugs.

Die schriftlichen und mündlichen Befragungen brachten zum Teil überraschende Ergebnisse. So garantierte der Offiziersgrad allein noch keine Sicherheitspolitik, wie sie die SOG und ihre Mitglieder verfolgen. Es gab Frauen und Männer, die keinen Militärdienst geleistet haben und trotzdem näher an den Vorstellungen der SOG politisieren.

In Zukunft mehr Transparenz

Insgesamt war es für die Präsidentenkonferenz der SOG richtig, dass sich die Offiziersgesellschaften in die Eidgenössischen Wahlen eingeschaltet und auf diese Weise Präsenz markiert haben. Die Offiziersgesellschaften werden das in geeigneter Form wiederholen.

Für den Fall, dass wieder eine öffentliche Empfehlung, z. B. in der ASMZ, vorgesehen wird, müssen dafür jedoch einheitliche klare Kriterien definiert und zu Beginn kommuniziert werden. Auch müssen sich SOG und KOG auf ein einheitliches Vorgehen einigen. Es muss den OG-Mitgliedern schliesslich einleuchten, wer weshalb unterstützt wird und wer weshalb nicht.

Und das neu gewählte Parlament?

Die erste armeerelevante Abstimmung im neuen Parlament, das Eintreten auf die Vorlage zur Ratifikation des Dublin-Abkommens, welches zur Abschaffung der Artillerie-Kanistermunition führt, hat leider gezeigt, wie wenig sicherheitspolitische Überlegungen für die Meinungsbildung ausschlaggebend sind. Die SOG versuchte zusammen mit andern Milizorganisationen, die bürgerlichen Parlamentarier insbesondere auf die Folgen des Abkommens für die eigene Artillerie hinzuweisen, mit mässigem Erfolg. Es steht zu befürchten, dass sich das Gros des neu gewählten Parlaments kaum für die Interessen der Armee engagieren wird. Die Parlamentarier, welche die Belange der Armee richtig gewichten, brauchen dringend Unterstützung von aussen. Da kommt – Wahlempfehlungen hin oder her – viel Arbeit auf die Offiziersgesellschaften zu. ■